

Antrag

der Fraktion der CDU

Entschließung

zu dem Gesetzentwurf der Landesregierung
– Drucksache 13/2300 –

Landeshaushaltsgesetz 1998/1999 (LHG 1998/1999)

Duale Berufsausbildung ohne Zwangsabgabe

Die Landesregierung wird aufgefordert,

1. im Bundesrat keiner Initiative zuzustimmen, die auf eine bundesweite Umlagefinanzierung der dualen Berufsausbildung abzielt,
2. in Rheinland-Pfalz keine Pläne zu betreiben, die eine die Betriebe eines Kammerbereiches erfassende Zwangsumlage zum Gegenstand haben.

Begründung:

Auch in diesem Jahr erweist es sich wieder als schwierig, allen Jugendlichen einen Ausbildungsplatz anzubieten. Allen, die die Zahl ihrer Ausbildungsplätze gehalten oder sogar noch verstärkt haben, ist mit Nachdruck zu danken. Dies gilt insbesondere für die vielen mittelständischen Betriebe, die nach wie vor die Hauptlast der Ausbildung tragen.

Angesichts der weiteren Entwicklung auch in den nächsten Jahren muß an die Beteiligten der beruflichen Bildung appelliert werden, alle Kräfte zu aktivieren, um jungen Menschen eine Ausbildungschance zu eröffnen. Hierzu ist die sachbezogene Kooperation aller Beteiligten unverzichtbar. Die Bereitschaft zur Kooperation wird jedoch zerstört, wenn Pläne weiterverfolgt oder gar umgesetzt würden, eine Zwangsabgabe einzuführen. Viele Ausbildungsbetriebe würden eine solche Abgabe als Bestrafung verstehen. Die damit verbundenen Bürokratien würden einen erheblichen Teil der aufgebrachten Mittel aufzehren.

Für die Fraktion:
Franz Josef Bischel